

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 35 (1994)  
**Heft:** 7

**Artikel:** Feindbild auf Wunsch  
**Autor:** Bruderer, Georg  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1092865>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Georg Bruderer zur russischen Aussenpolitik

## Feindbild auf Wunsch

**Der nachfolgende Beitrag ist als Ergänzung zu Christoph M. Zürchers Artikel im letzten «zeitbild» über die russische Aussenpolitik zu verstehen.**

Die eigentliche politische Wende in Russland hat nicht 1985/86 mit der Perestroika stattgefunden, sondern nach dem Augustputsch 1991 mit der Auflösung der Sowjetunion und der Unionsstrukturen der Kommunistischen Partei. Gorbatschows Perestroika hat allerdings mit ihrem einzigen positiven Element – Glasnost (Öffnung, Öffentlichkeit, Transparenz) – den Boden für die spätere politische Wende und mit ihren Reformansätzen die Entwicklung Russlands in Richtung Demokratie und Marktwirtschaft vorbereitet. Auch der Grundstein für eine neue russische Aussenpolitik wurde mit den Abrüstungsverträgen, aus welchen Beweggründen auch immer, schon damals gelegt.

Oft wird übersehen, dass die genannte Bewegung in Richtung Demokratie und Marktwirtschaft auch heute noch im Anfangsstadium ist, in welchem ein für Russland schmerzhafter Lernprozess stattfindet. Wie in jedem Lernprozess gibt es dabei Fehler, Rückschläge und Unklarheiten. Seit drei Jahren sind wir Zeugen von Fehlverhalten und Inkompetenz der politischen Führung, von Abstimmungen und Wahlen mit unklaren und widersprüchlichen Mehrheitsverhältnissen, von grösstenteils erfolglosen Wirtschaftsreformen und von ausgesprochen unklaren Machtverhältnissen in den politischen Strukturen des Landes.

Die Folge davon ist eine politische Instabilität, die ihrerseits effektive Wirtschaftsreformen verunmöglicht. Diese Instabilität erzeugt in Russland und im Ausland das Gefühl der Unsicherheit, die mit Recht im Ausland als eine neue Form der Bedrohung bezeichnet wird.

Die Reaktion des Westens auf diesen Sachverhalt beruht auf der Triade Instabilität – Unsicherheit – Bedrohung, besteht aber oft in einer unzulässigen Vereinfachung, ist es doch allzu einfach und bequem, mit alten Feindbildern zu operieren. So wird aus einer potentiellen eine tatsächliche Bedrohung.

In den Nachkriegsjahren hat man oft den sowjetischen Imperialismus, der sich auf die marxistische Ideologie stützte und der den kommunistischen Anspruch auf die Weltherrschaft verwirklichen sollte, mit den «Konstanten der nationalen grossrussischen Zarenpolitik» erklärt. Zwar konnten die Sowjetologen und Russlandkenner nie erklären, warum eigentlich die Tabakpflanze Kubas, die Fischer Vietnams und die Schwarzen im Kongo bereit waren, für die «nationale, grossrussische Politik Moskaus» zu kämpfen und zu sterben, während sie für dieselbe, konstante Politik Petersburgs dazu nicht bereit waren. Aber es war eben einfacher, mit den «historischen Parallelen» zu operieren.

Heute ist es nicht viel besser. Auf der Suche nach dem neuen Feindbild, ohne das es offenbar schwer ist, eigene «Spezialisierung» zu demonstrieren, werden tatsächliche Unklarheiten, Ungereimtheiten und Widersprüche in der Innen- und Aussenpolitik Russlands tendenziös als die alte nationale grossrussische Politik dargestellt. Dabei wird kein Unterschied gemacht zwischen offiziellen Dokumenten und offizieller Politik und davon abweichenden Aussagen einzelner Publizisten und Politiker.

Statt eine mögliche Gefahr durch die weitere Destabilisierung Russlands und die Hauptträger dieser Gefahr deutlich zu nennen, spricht man von einer bereits bestehenden Gefahr durch die Grossmachtpolitik Russlands.

Statt realistisch das Wirtschaftspotential Russlands einzuschätzen und festzustellen, dass das Land mit seiner zusammengebrochenen Wirtschaft frühestens in 10 bis 15 Jahren autark sein, sicher aber nicht wie früher ein furchterregendes Imperium aufbauen können, wird schon heute ein solches Imperium als Feindbild bezeichnet.

Statt festzustellen, dass erstmals seit 75 Jahren die russische Aussenpolitik beziehungsweise Diplomatie etwas Positives, Frieden förderndes erreicht hat, nämlich durch den Einfluss auf Serbien eine eindeutige Beruhigung des Krieges in Bosnien, kann man in westlichen Zeitungen lesen, dass «Russland wieder auf dem Balkan Fuss fasst».

**Oft wird übersehen, dass die Bewegung in Richtung Demokratie und Marktwirtschaft auch heute noch im Anfangsstadium ist, in welchem ein für Russland schmerzhafter Lernprozess stattfindet.**

**Statt eine mögliche Gefahr durch die weitere Destabilisierung Russlands und deren Hauptträger deutlich zu nennen, spricht man von einer bereits bestehenden Gefahr russischer Grossmachtpolitik.**

Die Unsachlichkeit mancher westlicher Medien wird am Beispiel Georgiens und dessen Präsidenten Schewardnadse besonders deutlich. Als Schewardnadse in Deutschland und in den USA kürzlich verschiedene Staatsverträge unterzeichnete, war er Staatschef eines souveränen Georgiens. Als aber derselbe Schewardnadse Präsident Jelzin ersuchte, russische Truppen nach Georgien zu entsenden, um die Lage zu stabilisieren und im georgisch-abchasischen Konflikt zu vermitteln beziehungsweise die kämpfenden Parteien auseinander zu halten, da war er plötzlich ein Hampelmann Russlands, und die Anwesenheit russischer Truppen bedeutete die Wiedereroberung des Kaukasus.

Wie unseriös manche Kommentare zur Aussen- und Sicherheitspolitik Russlands sind, kann man auch in schweizerischen Zeitschriften nachlesen. Da steht doch schwarz auf weiss, dass «Russland in Aserbaidschan Krieg führt, um seine Interessen zu verteidigen». Belegt wird dieser Unsinn natürlich nicht. Wozu auch, Hauptsache es passt gut zum neuen «Feindbild». In Wirklichkeit weilten vor einigen Wochen kurz nacheinander die Staatschefs Aserbaidschans und Armeniens, Gejdar Aljiew und Lewon Ter-Petrosjan, also der beiden sich bekämpfenden Staaten, in Moskau. Sie unterzeichneten Staatsverträge und verhandelten über die Hilfe und Vermittlung Russlands im Karabach-Konflikt. Christoph Neidhart, ein wirklich guter Kenner Russlands, hat solche Kommentare treffend charakterisiert: «Der Westen redet und redet, unqualifiziert und verantwortungslos.» («Weltwoche», 24. 3. 1994)

Das komplexe Gesamtbild der Aussenpolitik Russlands darf sicher nicht ohne Sorge beurteilt werden. Die Triade Instabilität – Unsicherheit – Bedrohung vor Augen, muss man aber zwischen einer möglichen Entwicklung und den tatsächlichen Gegebenheiten klar unterscheiden. Die Politik Boris Jelzins und seiner Regierung darf nicht um jeden Preis unterstützt werden; aber schaden soll man auch nicht mit leichtfertigen Vorurteilen, die weder Russland noch uns nützen, sondern nur den wiedererwachten Kommunisten und den zur Macht strebenden Nationalisten Russlands. ■